

Vorstand des Pfarrgemeinderates gemäß der Verordnung über die Zusammenarbeit von Pfarrgemeinderat und Verwaltungsrat in der Diözese Fulda (Kirchliches Amtsblatt 1997, Nr. 19) hat.

Die Amtszeit des neu gewählten Verwaltungsrates für die erweiterte Kirchengemeinde St. Elisabeth richtet sich nach § 7 Abs. 1 KVVG mit der Maßgabe, dass die durch Los bestimmte Hälfte der Mitglieder bei der nächsten regulären Verwaltungsratswahl ausscheidet und die Amtszeit der übrigen Mitglieder mit der übernächsten Wahl zum Verwaltungsrat endet.

9. Pfarrgemeinderat

Für die erweiterte Pfarrei St. Elisabeth richtet sich die Amtszeit des bisher schon bestehenden gemeinsamen Pfarrgemeinderates nach Satzung und Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte.

10. Inkrafttreten

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Fulda, den 16. September 2013

gez. + Heinz J. Algermissen
Bischof von Fulda

Vorstehende Urkunde wird hiermit ohne Anlagen bekannt gemacht.

Wiesbaden, den 19. September 2013

Hessisches Kultusministerium

Z.3 - 880.450.000 - 52

StAnz. 41/2013 S. 1281

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

896

Wasserrechtliche Anerkennung nach Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma Dr. Graner & Partner GmbH, Lochhausener Straße 205 in 81249 München, wird gemäß § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich als EKVO-Laboratorium, § 10 Abs. 4 Nr. 4 EKVO (als privatrechtliche Einrichtung für Unternehmerinnen oder Unternehmer von Abwasseranlagen) weiterhin in Hessen anerkannt.

Die Anerkennung ist befristet bis zum 30. September 2018.

Wiesbaden, den 17. September 2013

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
W2-L-251-873-2013

StAnz. 41/2013 S. 1282

897

Wasserrechtliche Anerkennung nach Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma Intertek Food Services GmbH, Philipp-Reis-Str. 4 in 35440 Linden wird gemäß § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich als EKVO-Laboratorium; § 10 Abs. 4 Nr. 4 EKVO (als privatrechtliche Einrichtung für Unternehmerin-

nen oder Unternehmer von Abwasseranlagen) weiterhin in Hessen anerkannt.

Die Anerkennung ist befristet bis zum 30. September 2018.

Wiesbaden, den 17. September 2013

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
W2-L-107-874-2013

StAnz. 41/2013 S. 1282

898

Wasserrechtliche Anerkennung nach Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma Agrolab Labor GmbH, Dr. Pauling-Straße 3 in 84079 Bruckberg, wird gemäß § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich als EKVO-Überwachungsstelle, § 10 Abs. 4 Nr. 4 EKVO (als privatrechtliche Einrichtung für Unternehmerinnen oder Unternehmer von Abwasseranlagen) in Hessen anerkannt. Die Anerkennung ist befristet bis zum 31. August 2018.

Wiesbaden, den 28. August 2013

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
W2-Ü-268-872-2013

StAnz. 41/2013 S. 1282

HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

899

Fach- und Fördergrundsätze zur Landesförderung Frühe Hilfen, Prävention und Kinderschutz in Hessen

Inhaltsübersicht

Allgemeines

Teil A: Förderung von Maßnahmen der Frühen Hilfen

1. Ziel der Förderung
2. Fördervoraussetzungen
3. Gegenstand der Förderung
4. Antragsberechtigte
5. Art, Umfang und Höhe der Förderung
6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

Teil B: Förderungen von Maßnahmen Prävention und Kinderschutz

1. Ziel der Förderung
2. Fördervoraussetzungen

3. Gegenstand der Förderung
4. Antragsberechtigte
5. Art, Umfang und Höhe der Förderung
6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

Teil C: Ergänzende Förderung zur Bundesinitiative Frühe Hilfen und Familienhebammen

1. Ziel der Förderung
2. Fördervoraussetzungen
3. Gegenstand der Förderung
4. Antragsberechtigte
5. Art, Umfang und Höhe der Förderung
6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes
Schlussbestimmungen

Allgemeines

Das Bundeskinderschutzgesetz hat die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Verbesserung des Kinderschutzes geschaffen. Ein Schwerpunkt des Gesetzes liegt neben dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Entwicklung und Förderung präventiver Angebote und Vernetzungen im Rahmen der „Frühen Hilfen“. Diese sollen durch die Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012–2015 eine Etablierung und Verstärkung erfahren.

Da der Aufbau innovativer Projekte im Bereich der Frühen Hilfen von besonderem Interesse für das Land ist, fördert Hessen flankierend zu der Bundesinitiative die Entstehung und/oder Weiterentwicklung von Projekten freier Träger mit dem Schwerpunkt Frühe Hilfen, die mit innovativen und niederschweligen Zugängen Kontakte herstellen und Eltern sowie junge Familien in ihrer Verantwortung unterstützen. Kinderschutz soll so gesichert, Familien sollen in ihren Erziehungsaufgaben durch Maßnahmen der Prävention und der Frühen Hilfen begleitet, gefördert und unterstützt werden. Dabei sind insbesondere die Etablierung von ehrenamtlichem Engagement, aufsuchender Eltern- und Familienarbeit, Beratung und ambulanten Angeboten für junge Familien in besonderen Lebenslagen im Fokus.

Darüber hinaus werden in Hessen auch Maßnahmen zur Prävention von sexualisierter Gewalt im Rahmen von Kinderschutz gefördert, ebenso modellhafte Ansätze zur Unterstützung und Förderung der Erziehungskompetenz junger Familien. Weiterhin Fortbildungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation und wissenschaftliche Begleitung zu den Themen Prävention, Kinderschutz und Frühe Hilfen.

In Ergänzung zur Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012–2015 fördert das Hessische Sozialministerium Maßnahmen und Angebote Früher Hilfen der öffentlichen Träger der Jugendhilfe.

Teil A: Förderung von Maßnahmen der Frühen Hilfen

1. Ziel der Förderung

Ziel der Förderung ist das gesunde und förderliche Aufwachsen von allen Kindern und ihren Familien in Hessen.

Gefördert werden die Entstehung und/oder Weiterentwicklung von Projekten für eine niedrigschwellige Unterstützung von werdenden Eltern und jungen Familien im Rahmen der Frühen Hilfen. Die Projekte sollen dazu beitragen, Transitionen in andere für das gesunde Aufwachsen notwendige Disziplinen zu erleichtern und eine alltagsentlastende Infrastruktur aufzubauen. Ziel ist die lokale Verstärkung von Angeboten.

2. Fördervoraussetzungen

2.1 Gefördert werden Projekte oder Maßnahmen im Rahmen der Frühen Hilfen, die in die regionalen Netzwerke Frühe Hilfen vor Ort eingebunden werden.

2.2 Voraussetzungen für die Förderung sind:

2.2.1 Angebote und Maßnahmen, die sich in den infrastrukturellen Ausbau der Gemeinde, Stadt oder des Landkreises integrieren,

2.2.2 Anbindung des Angebotes an bestehende lokale Netzwerke,

2.2.3 Vorhalten entsprechender Infrastruktur zur Etablierung und Erreichbarkeit des Angebotes und

2.2.4 Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit weiteren Angeboten und projektbezogenen Querschnittsdisziplinen wie Gesundheitswesen, Migrationsdiensten, Diensten und Organisationen für Menschen mit Behinderung und Jugend- und Sozialämtern.

Es sollte eine Begleitung der Angebote und Maßnahmen durch Fachkräfte im Bereich Früher Hilfen mit Fachberatung und Supervision für die umsetzenden Akteure des Angebotes, vorgehalten werden.

3. Gegenstand der Förderung

Zuwendungsfähig sind die notwendigen Personal- und Sachkosten für Entwicklung und Umsetzung von o.a. Angeboten. Hierunter fallen insbesondere:

3.1 Fachberatung, Fortbildungsangebote und Coaching für ehrenamtliche Akteure,

3.2 Aufwandsentschädigungen für Fahrtkosten gemäß des Hessischen Reisekostengesetzes,

3.3 Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise von ehrenamtlichen Akteuren,

3.4 Ausgaben rund um die Koordinierung und Vernetzung des Angebotes im lokalen Raum,

3.5 Sprachkurse und Dolmetscherkosten in Verbindung mit Angeboten Früher Hilfen für junge Familien mit Migrationshintergrund,

3.6 Aufbau und Entwicklung lokaler Internetberatungsangebote.

Personalkosten werden nur im Rahmen des Besserstellungsverbots als zuwendungsfähig anerkannt.

4. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind kommunale und freie Träger in Hessen.

5. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Zuwendung (Projektförderung) wird in der Regel als Anteilsfinanzierung gewährt.

Als Zuwendung gewährt werden können in der Regel bis zu 80 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Zuwendungen nach diesen Fach- und Fördergrundsätzen können zusätzlich zu anderen Förderungen des Landes, anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder Dritten gewährt werden.

Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht.

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Antragsverfahren

6.1.1 Die Anträge nach Ziffer 3.1 bis 3.6 sind an das Regierungspräsidium Kassel zu richten.

6.1.2 Bewilligungsbehörde ist das Regierungspräsidium Kassel.

6.1.3 Inhalt und Form der Anträge

Ein Antrag auf Förderung muss insbesondere enthalten:

a) ausführliche Beschreibung der geplanten Maßnahmen/ Projekte, dem Auf- oder Ausbau von Ehrenamtsstrukturen und eventuell zusätzlichen Maßnahmen;

b) in den Anträgen müssen die Umsetzungsschritte und Entwicklungen dargelegt werden;

c) Gesamtfinanzierungs- und Stellenplan sowie Personalkostenaufstellung.

Für die Antragstellung sind die durch das RP bereitgestellten Vordrucke zu verwenden.

6.1.4 Antragsfristen:

Die Anträge für 2013 sind bis 25. Oktober 2013 und für 2014 und 2015 jeweils bis zum 31. März des Jahres beim Regierungspräsidium Kassel einzureichen.

6.2 Bewilligungsverfahren

Über die Zuwendung wird nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entschieden. Die Abwicklung des Bewilligungsverfahrens erfolgt durch die Bewilligungsbehörde.

Es gelten die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) – und die Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie – IMFR). Die Auszahlung der Zuwendungen erfolgt auf Mittelabruf nach Ziffer 1.3 der Anlage 3 VV zu § 44 LHO.

Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung ist in der Regel mit einfachem Verwendungsnachweis der Gesamtausgaben und einem Sachbericht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Maßnahme bzw. des Förderjahres gegenüber dem Regierungspräsidium Kassel nachzuweisen, das den Verwendungsnachweis abschließend prüft.

Teil B: Förderung von Maßnahmen Prävention und Kinderschutz

1. Ziel der Förderung

Ziel der Förderung ist das gesunde und förderliche Aufwachsen von allen Kindern und ihren Familien in Hessen.

Aus den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln können nach Antragslage auf der Grundlage der LHO unter anderem auch Maßnahmen zur Prävention von sexualisierter Gewalt und Projekte zur Unterstützung der Erziehungskompetenz junger Familien gefördert werden. Außerdem können Fortbildungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie Evaluation und wissenschaftliche Begleitung gefördert oder in Auftrag gegeben werden.

2. Fördervoraussetzungen

Gefördert werden können Projekte und Maßnahmen aus den Bereichen Prävention und Kinderschutz. Diese Maßnahmen können unter anderem die Fortbildung und Koordination von Fachkräften, Elternberatung, Elternunterstützung, Maßnahmen zur Förderung der Elternkompetenz, frühpräventive Projekte inkl. der eventuell erforderlichen wissenschaftlichen Begleitung, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen, umfassen.

3. Gegenstand der Förderung

Zuwendungsfähig sind die notwendigen Personal- und Sachkosten. Personalkosten werden nur im Rahmen des Besserstellungsverbots als zuwendungsfähig anerkannt.

4. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind kommunale und freie Träger, wissenschaftliche Institute und sonstige Anbieter.

5. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Förderung erfolgt in der Regel als Projektförderung. Es können auf der Grundlage von § 44 LHO Zuwendungen gewährt oder Verträge abgeschlossen werden.

Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht.

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen**6.1 Antragsverfahren**

6.1.1. Die Anträge sind an das Hessische Sozialministerium zu richten.

6.1.2. Inhalt und Form der Anträge

Ein Antrag auf Förderung muss insbesondere enthalten:

- a) ausführliche Beschreibung der geplanten Maßnahme;
- b) Gesamtfinanzierungs- und Stellenplan sowie Personalkostenaufstellung;
- c) Umsetzungsschritte und Entwicklungen müssen in den Anträgen dargelegt werden.

6.2 Bewilligungsverfahren

Über die Zuwendung wird nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entschieden. Anträge sind an das Hessische Sozialministerium zu richten.

Es gelten die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) – und die Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie – IMFR). Die Auszahlung der Zuwendungen erfolgt auf Mittelabruf nach Ziffer 1.3 der Anlage 3 VV zu § 44 LHO.

Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung ist in der Regel mit einfachem Verwendungsnachweis der Gesamtausgaben und einem Sachbericht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Maßnahme bzw. des Förderjahres gegenüber dem Regierungspräsidium Kassel nachzuweisen, das den Verwendungsnachweis abschließend prüft.

Teil C: Ergänzende Förderung zur Bundesinitiative Frühe Hilfen und Familienhebammen**1. Ziel der Förderung**

Ziel der Förderung ist das gesunde und förderliche Aufwachsen von allen Kindern und ihren Familien in Hessen.

Mit der Förderung sollen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Durchführung solcher flankierender Maßnahmen zu den im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012–2015 geförderten Projekten unterstützt werden, die diese in Richtung eines wirkamen und nachhaltigen Gesamtkonzepts zum Ausbau der örtlichen Infrastruktur im Bereich der Frühen Hilfen ergänzen.

2. Fördervoraussetzungen

2.1 In Umsetzung der Bundesinitiative soll erreicht werden, dass in den Landkreisen und Kommunen Netzwerke Frühe Hilfen auf- oder ausgebaut sind. Dazu sollen Netzwerkkoordinatorinnen und Netzwerkkoordinatoren eingestellt werden und der Einsatz von Familienhebammen oder vergleichbarer Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich erfolgen, ebenso wie eine Unterstützung der Ehrenamtsstrukturen.

2.2 Bei Landkreisen und Kommunen, in denen die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zur Erfüllung dieser Ziele nicht ausreichen (in der Regel bei einer Förderung unter 60.000 Euro), können auf gesonderten Antrag die für die Umsetzung notwendigen Maßnahmen mit Landesmitteln aufgestockt werden. Der Aufstockungsbetrag wird in seiner Höhe auf die für die Umsetzung der Bundesinitiative notwendigen Maßnahmen beschränkt.

2.3 Die Förderung erfolgt gemäß Ziffer 4 der am 20. Mai 2013 im Staatsanzeiger veröffentlichten Fach- und Fördergrundsätze zur Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen.

3. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind die in den Fach- und Fördergrundsätzen zur Etablierung von Netzwerken Frühe Hilfen und Familienhebammen in hessischen Kommunen im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012–2015 unter Ziffer 3 aufgelisteten Fördertatbestände.

4. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

5. Art, Umfang und Höhe der Förderung

Die Förderung erfolgt im Wege der Projektförderung. Die Förderung von Maßnahmen und Angeboten kommunaler Träger im Bereich der Frühen Hilfen erfolgt bei nachgewiesenem Bedarf ergänzend zu den Mitteln der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ 2012–2015. Die Förderung kann bis zur Höhe der tatsächlichen zuwendungsfähigen Kosten aus Bundes- und Landesmitteln erfolgen (Fehlbedarfsfinanzierung).

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Förderung besteht nicht.

6. Antrags- und Bewilligungsverfahren, sonstige Zuwendungsbestimmungen**6.1 Antragsverfahren**

6.1.1 Die Anträge nach Ziffer 3 sind an das Regierungspräsidium Kassel zu richten. Es gilt ein vereinfachtes Antragsverfahren.

6.1.2 Bewilligungsbehörde ist das Regierungspräsidium Kassel.

6.1.3 Inhalt und Form der vereinfachten Anträge

Ein Antrag auf Förderung muss insbesondere enthalten:

- a) ausführliche Beschreibung der geplanten Maßnahmen und Projekte,
- b) Gesamtfinanzierungsplan aus Bundes- und Landesmitteln, Stellenplan, Personalkostenaufstellung,
- c) für die Antragsstellung sind die durch den RP bereitgestellten Vordrucke zu verwenden.

6.1.4 Antragsfristen:

Die Anträge für 2013 sind bis 25. Oktober 2013 und für 2014 und 2015 jeweils bis zum 31. März des Jahres beim Regierungspräsidium Kassel einzureichen.

6.2 Bewilligungsverfahren

Über die Zuwendung wird nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entschieden. Die Abwicklung des Bewilligungsverfahrens erfolgt durch die Bewilligungsbehörde.

Es gelten die allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) – und die Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie – IMFR).

Die Auszahlung der Zuwendungen erfolgt auf Mittelabruf nach Ziffer 1.3 der Anlage 3 VV zu § 44 LHO.

Die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung ist in der Regel mit einfachem Verwendungsnachweis der Gesamtausgaben und einem Sachbericht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Maßnahme bzw. des Förderjahres gegenüber dem Regierungspräsidium Kassel nachzuweisen, das den Verwendungsnachweis abschließend prüft.

Prüfungsrechte

Es besteht ein Prüfungsrecht des Hessischen Rechnungshofes nach § 91 LHO

Schlussbestimmungen

Die vorliegenden Fach- und Fördergrundsätze treten mit Datum der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 31. Dezembers 2015 außer Kraft.

Wiesbaden, den 25. September 2013

Hessisches Sozialministerium

II 4 52 w 9910

– Gült.-Verz. 3421 –

StAnz. 41/2013 S. 1282